



**Bürgerinitiative
Stadtring Süd
BISS Berlin**

Plesser Str. 3
12435 Berlin

info@stop-a100.de
www.stop-a100.de

Pressedienst

26. Juni 2010

SPD vollzieht verkehrspolitische Rolle rückwärts zur Betonpolitik des vorigen Jahrhunderts: Parteigrößen kippen Parteitagsbeschluss von 2009 gegen die A 100-Verlängerung

Der SPD-Parteitag hat sich auf seinem Landesparteitag mit knapper Mehrheit für die innerparteilich höchst umstrittene Verlängerung der A 100 entschieden. Damit haben sich der regierende Bürgermeister Wowereit, Parteichef Müller und Senatorin Junge-Reyer mit ihrer rückwärtsgewandten Verkehrspolitik des letzten Jahrhunderts durchgesetzt.

Die SPD hat ihren Beschluss unter die Bedingung gestellt, dass verschiedene „ergänzende Maßnahmen“ ergriffen werden, wie z.B. mehr Tempo-30-Limits oder verschärfte Parkraumbewirtschaftung. Dieser Beschluss ist eine Mogelpackung! Die ergänzenden Maßnahmen sind seit sieben Jahre beschlossen. Und dennoch sind sie in den letzten sieben Jahren nicht umgesetzt worden, und sie werden mit Sicherheit mangels Geld und politischen Willens auch in den nächsten Jahren nicht umgesetzt werden.

Dennoch wird die A 100 nicht gebaut werden. Die SPD muss erklären, wie in Zeiten haushaltspolitischer Notlage eine derart renditeschwache Investition wie die A 100 gerechtfertigt werden kann. Bezirke stehen vor dem finanziellen Kollaps und die Autobahnerbauer von der SPD kümmert es nicht? Die SPD muss auch ihren Koalitionspartner, die LINKE, davon überzeugen, dass die Haushaltssperre über diese Planungsgelder aufgehoben wird. Die LINKE hat sich im Mai 2010 erneut deutlich gegen die Verlängerung der A 100 ausgesprochen. Sie will mit der SPD über den Ausstieg aus dem Projekt verhandeln. Nach Aussagen maßgeblicher LINKEN-Politiker ist zu bezweifeln, dass die LINKE die Planungsgelder freigeben wird.

Nun könnte die SPD noch mit Hilfe der CDU und FDP die Gelder entsperren lassen. Ob sie dann allerdings noch in der Lage sein wird, ihre A 100-Pläne in diesem Senat umzusetzen oder sich eher mit Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigen muss, ist eine offene Frage.

Die Bürgerinitiative Stadtring Süd wird diesem umweltzerstörerischen Zick-Zack-Kurs der SPD nicht tatenlos zusehen. Vielmehr werden wir im Verbund mit unseren zivilgesellschaftlichen und parlamentarischen Partnern verstärkt Öffentlichkeit herstellen, der die Asphaltbegeisterte SPD unter Druck setzt. Wir werden uns weiterhin für eine Wende in der Berliner Verkehrspolitik ein- und ein Ende dieser Stadtautobahnpläne durchsetzen. Die Berliner SPD-Führung sollte endlich die verkehrspolitischen Zeichen der Zeit erkennen oder sie wird sich auf's Altenteil zurückziehen dürfen.

Wir stehen für eine nachhaltige, damit ökologische, soziale und finanzierbare Verkehrspolitik in Berlin. Dafür werden wir weiter kämpfen!

Für Rückfragen: Harald Moritz (0151 56500990), Dr. Birte Rodenberg (0170 7118350)

SPENDENKONTO*
Stichwort »Gegen A100«
Empfänger: BUND Berlin
Konto-Nr.: 32 888 02
Sozialbank Berlin
BLZ 100.205.00

* Spendenaktion erfolgt
in Zusammenarbeit
mit dem BUND Berlin